

# FRÜHSTÜCKSKURSE

## Politik für „Early Birds“



Die alltägliche Beschäftigung mit Politik beginnt in der Regel morgens: Wir trinken Kaffee, hören Radio, lesen die Zeitung, schauen ins Internet oder Frühstücksfernsehen und dann erledigen wir unsere Arbeit. Warum den Tag nicht einmal anders angehen? Mit der Landeszentrale für politische Bildung haben Sie an drei Vormittagen die Gelegenheit, sich schon vor der Arbeit und beim Frühstück intensiv mit Politik auseinanderzusetzen. Experten der Landeszentrale halten Vorträge über Personen und Politik, Geschichte und Gegenwart.

**Termine**      **Mittwoch, 7. November 2018**, 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr  
**Mittwoch, 14. November 2018**, 8.00 Uhr bis 9.00 Uhr  
**Mittwoch 21. November 2018**, 8.00 Uhr bis 9.00 Uhr

**Ort**              Landeszentrale für politische Bildung BW, Außenstelle Freiburg  
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg

**Zielgruppe**    Interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Südbaden

**Kosten**              kostenlos

**Seminar-Nr.**      51/45b/18  
51/46a/18  
51/47/18

**lpb**

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

### **Post Midterm Elections Breakfast**

Mittwoch, 7. November 2018, 10 Uhr bis 12 Uhr

*Dr. Christoph Haas, Akademischer Rat am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre  
Seminar für Wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*

Die Hälfte der ersten Amtszeit von Donald Trump ist vorbei. Bei den midterm elections haben die Wählerinnen und Wähler gegebenenfalls die Gelegenheit Donald Trump „einen Denkkzettel“ zu verpassen, auch wenn es um die Mandate im Repräsentantenhaus und zu einem Drittel im Senat geht. Wer hat warum gewonnen und welchen Wählergruppen sind Sieg oder Niederlage zu verdanken? Wie wird die politische Agenda Trumps in der „zweiten Halbzeit“ aussehen? Am Tag nach der Wahl gibt es Klärungs- und Analysebedarf, warum es zu einem „divided government“ kommen konnte oder warum es beim „unified government“ bleibt. Christoph Haas vom Seminar für wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg analysiert den Wahlausgang, diskutiert mögliche Szenarien und stellt sich den Fragen der Teilnehmenden.

### **Zwischen Reformen und Europawahl: Quo vadis Europa 2019?**

Mittwoch, 14. November 2018, 8 Uhr bis 9 Uhr

*Eric Schüler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Seminar für Wissenschaftliche Politik,  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*

Nur 2 Tage nach der letzten Bundestagswahl, am 26. September 2017, stellte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron seine „Initiative für Europa“ in einer vielbeachteten Rede an der Pariser Sorbonne-Universität vor. Durch die lange Regierungsbildungszeit in Deutschland kam es lange zu keiner echten Reaktion. Ende Juni 2018 mündeten die Ideen in einer deutsch-französischen Reforminitiative, die nun im großen EU-Rahmen diskutiert wird. Ein Umsetzung bis zu den nächsten Europawahlen Ende Mai 2019 ist wünschenswert. Der Vortrag erläutert wie Europa in Zukunft aussehen soll und mit welchen aktuellen Schwierigkeiten diese Reform-Debatte verbunden ist.

### **Indien vor den Parlamentswahlen 2019 – Einblicke und Ausblicke in das „neue Indien“**

Mittwoch, 21. November 2018, 8 Uhr bis 9 Uhr

*Dr. Arndt Michael, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Seminar für Wissenschaftliche Politik,  
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*

Die indischen Parlamentswahlen (Lok Sabha) im Mai 2014 markierten eine Zäsur in der indischen Politik: zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Indiens stellte die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) im Parlament die Mehrheit der Abgeordneten. Seit dem Amtsantritt des BJP-Premierministers Narendra Modi hat es in Indien tiefgreifende Wirtschaftsreformen gegeben, hat sich Indien außenpolitisch neu orientiert, hat die indische Gesellschaft aber auch, so die Meinung etlicher Analysten, erhebliche ideologische Spannungen erlebt. Der Vortrag thematisiert zunächst das Wahlergebnis 2014, analysiert dann schlaglichtartig zentrale Entwicklungen und wirft einen Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, denen sich die Regierung Modi in den Monaten bis zu den nächsten Parlamentswahlen in Frühjahr 2019 stellen müssen.